



Montag, 23. Mai 1977

Blatt 1266

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal: Mittwoch kein Stadtsenat und kein Pressegespräch  
(rosa) Wiener Landtag

Wiener Gemeinderat

Gaswerke-Techniker kommen "pünktlicher"

Erfolgreiche Bilanz der vorbeugenden Sozialarbeit

Lokal: "Das Wiener bürgerliche Zeughaus" auf der Schallaburg:  
(orange) 10.000. Besucher

Hauszeichen und Gedenktafeln

Verkehrsmaßnahmen: Neue Bauphase am Karlsplatz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.  
12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

23. mai 1977

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1267

l o k a l :

=====

### 10.000 besucher auf der schallaburg

14 wien, 23.5. (rk) der 10.000ste besucher der vor 10 tagen er-  
oeffneten grossausstellung ''das wiener buergerliche zeughaus'' auf  
der schallaburg, veranstaltet von der stadt wien gemeinsam mit der  
niederoesterreichischen landesregierung, ist die hausfrau grete  
m a y r h o f e r aus amstetten, die am montag, dem 23. mai, mit  
gaesten aus bad hall die schau besuchte. (os)

1532



k o m m u n a l :

=====

## erfolgreiche bilanz der vorbeugenden sozialarbeit

1 wien, 23.5. (rk) als erfolgreiche vorbeugende sozialarbeit hat sich die intensivbetreuung von jugendlichen erwiesen, die vom wiener landesverband der oesterreichischen gesellschaft "rettet das kind" in zusammenarbeit mit dem jugendamt der stadt wien durchgefuehrt wird. die auswertung der ersten sieben jahre der intensivbetreuung zeigt folgendes bild: von den bisher abgeschlossenen betreuungen (insgesamt 324) verliefen ueber 60 prozent erfolgreich, was im hinflick auf die grossen probleme und schwierigkeiten, die diese gefaehrdeten jugendlichen haben, eine beachtliche erfolgsquote darstellt. erfolgreiche betreuungen dauerten durchschnittlich 16 bis 18 monate, die weniger erfolgreichen 8 bis 10 monate.

die intensivbetreuung vermeidet jeden behoerdlichen charakter und stuetzt sich auf moderne sozialtherapeutische methoden wie einzelfallhilfe und lerntheoretische beeinflussung. in erster linie werden lehrlinge und junge arbeiter betreut. die zusammenkuenfte finden vorwiegend am abend statt. die intensivbetreuung dient in erster linie dazu, jugendlichen nach einem heimaufenthalt zu helfen, die eingewohnungsprobleme zu loesen. sie wird aber auch immer mehr dafuer eingesetzt, gefaehrdete kinder und jugendliche vor einer heimunterbringung zu betreuen, um eine sonst notwendige heimeinweisung zu vermeiden.

seit beginn der intensivbetreuung waren 70 fuersorger (innen), 55 erzieher (innen), 10 bewaerungshelfer (innen) und 1 psychologin mit der betreuung befasst. die diplomierten fuersorgerinnen, erzieher und psychologen, die diese nachbetreuung in ihrer freizeit durchfuehren, erhalten in anlehnung an die entschaedigung, die von der bewaerungshilfe geleistet wird, pro fall ein monatliches honorar von 300 schilling und den ersatz der tatsaechlichen auslagen.

der bericht waere unvollstaendig, wuerde nicht darauf hingewiesen werden, dass die angefuehrten erziehungshilfen fuer wiener kinder und jugendliche nicht haetten gewaehrt werden koennen, wenn nicht die stadt wien durch eine entsprechende subvention die finanzielle grundlage fuer diese aktivitaeten sicherstellen wuerde. (os)



k o m m u n a l :

=====

gaswerke-techniker kommen "puenktlicher"

2 wien, 23.5. (rk) eine serviceeinrichtung haben die wiener gaswerke durchgefuehrt: auf weisung von stadtrat franz nekula muessen die partien des technischen kundendienstes, die zum beispiel die ueberpruefung von gasanlagen oder die auswechslung von zaehlern vornehmen, den betroffenen kunden ihr kommen fuer einen zeitraum von hoechstens zwei stunden ankuendigen. bisher beschraenkten sich die zeitangaben der ankuendigungen haeufig auf "vormittags" oder "nachmittags". dies soll nun so weit wie moeglich verbessert werden.

stadtrat nekula: "es ist den kunden nicht zumutbar, einen halben tag mit dem warten auf das erscheinen des gaswerke-technikers zu verbringen". fuer den "gebrechendienst" - der ja zum beispiel auch die oeffnung abgesperrter gasleitungen vornimmt - wird diese regel allerdings naturgemaess nur mit einschraenkungen gueltig sein: akute gebrechen und gasgeruchsmeldungen muessen selbstverstaendlich in jedem fall vorrang geniessen. (ger)

0930

L o k a l :

=====

## hauszeichen und gedenktafeln

3 wien, 23.5. (rk) "hauszeichen und gedenktafeln in mariahilf"  
betitelt sich ein lichtbildervortrag, den der leiter des bezirks-  
museums mariahilf, direktor richard p e t r i z i c z e k , im  
rahmen der diesjaehrigen festwochenveranstaltungen des 6. bezirks  
kommenden donnerstag, den 26. mai, um 19.30 uhr, im haus der bege-  
nung, 6, koenigseggasse 10, halten wird. eintrittskarten fuer diese  
veranstaltung sind in der bezirksvorsteherung zum preis von 20 schil-  
ling erhaeltlich. (zi)

1002



Kommunal:

## Wiener Landtag

=====

Wien, 23.5. (RK) Der Wiener Landtag trat Montag unter Vorsitz von 2. Landtagspräsidenten Otto Sehweda (SPÖ) zu einer Sitzung zusammen. Dem Landtag lag eine Anfrage der FPÖ und ein Antrag der ÖVP über die Befreiung von der Gebrauchsabgabe für das Aufstellen von Zierpflanzenbehältern auf öffentlichem Grund vor. Der Antrag wurde dem Amtsführenden Stadtrat für Finanzen und Wirtschaft zur Behandlung zugewiesen. Dem Landtagsabgeordneten Rudolf Edlinger (SPÖ), der zum Stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Vorwärts AG und der Progreß Ges.mBH gewählt wurde, wurde diese Tätigkeit einstimmig gestattet. (Berichterstatter Landtagsabg. Seeböck, SPÖ).

Fortzahlung der Dienstbezüge

Dienstnehmer der Stadt Wien, die freiwillige Waffenübung leisten, wurden bisher ungleich behandelt: Vertragsbedienstete bekamen die Bezüge bis zu einer Obergrenze von 12.430 Schilling monatlich weiterbezahlt, während für Beamte die Bezüge eingestellt und vom Heeresbesoldungsamt ausbezahlt wurden. Dadurch ergaben sich für Beamte Verzögerungen bei der Auszahlung. Nun werden die Bezüge für alle Dienstnehmer bis zur erwähnten Obergrenze weiterbezahlt. Die entsprechende Gesetzesänderung (Berichterstatter Stadtrat Kurt Heller, SPÖ) wurde einstimmig angenommen. Landtagsabgeordneter Köchel (ÖVP) bezeichnete diese Änderung als einen kleinen Schritt zu einer freundlicheren Behandlung der Probleme der Landesverteidigung.

Novellierung der Dienstordnung

Letzter Tagesordnungspunkt war eine dritte Novelle zur Dienstordnung 1966. Berichterstatter Kurt Heller (SPÖ) nannte die Verbesserung des Urlaubsrechtes für Beamte den rechtlichen Anspruch auf Pflegefreistellung und eine Verbesserung der Vordienstzeitanrechnungen als wesentlichste Punkte dieser Novelle. Landtagsabgeordneter Pöder (SPÖ) bezeichnete die Novelle als ersten Teil einer umfassenden Reform. Er wandte sich scharf gegen alle Versuche,



die Pragmatisierung der öffentlich-rechtlichen Bediensteten antasten zu wollen. Ein Recht, das eine halbe Million Menschen in Österreich einbindet, kann man nicht einfach abschaffen, erklärte Pöder. Ebenfalls werde man sich leidenschaftlich dagegen wehren, Dienstleistungen der öffentlichen Hand, die quasi Monopolcharakter haben, reprivatisieren zu wollen.

Abstimmung: Die Novelle zur Dienstordnung wurde einstimmig angenommen. (sei)

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -



Kommunal:Wiener Gemeinderat  
=====

Wien, 23.5. (RK) Unter dem Vorsitz von Gemeinderat Ing. Fritz Hofmann trat anschließend der Wiener Gemeinderat zu einer Sitzung zusammen. Dem Gemeinderat lagen eine Anfrage der FPÖ und sieben Anfragen der ÖVP vor. Die ÖVP brachte Anträge betreffend die Unterbrechung der provisorischen verkehrsarmen Zone Meidlinger Hauptstraße, die Schaffung öffentlicher Kindergärten, die Durchführung eines Schulversuches Tagesheimschule in Wiener Pflichtschulen, Ein- und Ausstiegshilfen an Autobussen für Rollstuhlbenützer, die Durchführung einer vergleichenden Kostenanalyse für den Bau der Floridsdorfer Brücke und der Reichsbrücke, den baldigen Neubau der Philadelphiabrücke, die Überprüfung von Subventionen der Stadt Wien an den Verein "Zentrum für angewandte Wissenschaft in Politik und Wirtschaft" durch das Kontrollamt und die Änderung der Gebührenordnung für Unratsanlagen ein. Von der FPÖ lagen Anträge betreffend die Einführung einer Seniorennetzkarte und den Reitsport im Prater vor. Die Anträge wurden zugewiesen.

Für den wegen seiner Wahl zum Bezirksvorsteher des 22. Bezirks aus dem Gemeinderat ausscheidenden Rudolf Huber (SPÖ) wurde Josef Langheinrich (SPÖ) als neues Mitglied des Gemeinderates angelobt.

Zuschuß für Reinhardt-Forschung

GR. Hermine Fiala (SPÖ) referierte den Antrag, der Gesellschaft für Max Reinhardt-Forschung einen Förderungszuschuß in der Höhe von 100.000 Schilling zu gewähren.

GR. Prof. Bittner (ÖVP) wandte sich nicht gegen den Inhalt des vorliegenden Antrags, jedoch gegen die finanzielle Bedeckung aus dem Kulturschilling. Der Kulturschilling sollte vornehmlich für die Altstadterhaltung verwendet werden. Angeblich liegen im Kulturamt bereits wesentlich mehr Anträge als Geld dafür vorhanden ist. Der Beirat befürwortet Anträge, ohne die finanziellen Möglichkeiten abschätzen zu können. Bittner brachte einen Abänderungsantrag ein, die Bedeckung des vorliegenden Antrags aus der Rubrik "Wissenschaft, Kunst, Volksbildung" vorzunehmen.



GR. Hermine Fiala (SPÖ) erklärte in ihrem Schlußwort, daß die Fragen des Kulturschillings in einer der nächsten Sitzungen des Gemeinderatsausschusses für Kultur, Jugend und Bildung diskutiert werden könnten.

Abstimmung: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Der Abänderungsantrag wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. (ger)

#### Subvention für Kulturmarkt

Anschließend beantragte GR. Hermine Fiala (SPÖ), der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik zur Förderung ihrer Arbeitsvorhaben im Jahr 1977 eine Subvention von 400.000 Schilling zu gewähren.

In Anbetracht der Tatsache, daß der Großteil der beantragten Subvention für den 3. Österreichischen Kulturmarkt vorgesehen sei, kam GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) auf den 2. Österreichischen Kulturmarkt zu sprechen, der vor einem Jahr abgehalten wurde, und bemängelte, daß die Veranstaltung in einen Jahrmarktsspektakel auf dem Rathausplatz ausgeartet habe. Es sei zu befürchten, daß die heurige Veranstaltung eher schlechter ausfallen werde. Seine Fraktion könne dem Antrag daher nicht zustimmen.

StR. Dr. Goller (ÖVP) begrüßte grundsätzlich alle Bestrebungen, Kultur ins Volk zu bringen, bezweifelte aber, ob Veranstaltungen wie die bisherigen Kulturmärkte zu verstärktem Kulturgebrauch animieren. Außerdem sei die enge Bindung zwischen dem Kulturamt und einem SPÖ-Verein abzulehnen. Die ÖVP werde dem Antrag nicht zustimmen.

Der nächste Debattenredner GR. Ascherl (SPÖ) sprach sich für die Demokratisierung des Zugangs zur Kultur sowie der Förderung der Kreativität aus. Er charakterisierte den Kulturmarkt als Experiment, an möglichst breite Kreise der Bevölkerung heranzukommen und verwies auf die bisherigen gelungenen Veranstaltungen der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik.

In ihrem Schlußwort wies GR. Hermine Fiala (SPÖ) darauf hin, daß der Kulturmarkt von einem Debattenredner offenbar mit dem Sommermarkt verwechselt worden wäre.

Abstimmung: Angenommen mit den Stimmen der SPÖ (we)



200 Jahre Mode in Wien

Gemeinderat Dr. Müller (SPÖ) referierte den Antrag, dem Verein der Freunde der Hermesvilla zur Weiterführung der Ausstellung "200 Jahre Mode in Wien" eine Subvention in der Höhe von 660.000 Schilling zu gewähren. In der Ausstellung, die erstmals vom 10. April bis 31. Oktober 1976 zu sehen war, seien über 1.000 Objekte von großem kulturhistorischen Wert, Straßen- und Gesellschaftskleidung, Trachten, Abendkleidung und Freizeitmode aus dem 18. und 19. Jahrhundert ausgestellt gewesen. Der Wert und der Erfolg der Ausstellung habe das Kulturamt der Stadt Wien veranlaßt, die Ausstellung von April bis Juni 1976 zu prolongieren.

GR. Prof. Bittner (ÖVP) erklärte, daß seine Fraktion zwar der Subvention, nicht aber der finanziellen Bedeckung aus dem Kulturschilling zustimmen werde. Bittner stellte den Abänderungsantrag, die Bedeckung aus der Rubrik "Wissenschaft, Kunst, Volksbildung" vorzunehmen. GR. Dr. Müller (SPÖ) entgegnete, daß in der Praxis ohnehin nahezu 80 Prozent des Kulturschillings für den Denkmalschutz verwendet werden und der Antrag daher abzulehnen sei.

Abstimmung: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Der Abänderungsantrag wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt. (ba)

Großmarkt Inzersdorf: Gebührenerhöhung

Die Gebühr für das Benützen des Abstellgleises auf dem Großmarkt Inzersdorf soll von drei Schilling pro Tag und Waggon auf vier Schilling erhöht werden, beantragte Stadtrat Nittel (SPÖ). Die Erhöhung wird durch die am 1. März von den Bundesbahnen vorgenommene Tarifierhöhung notwendig.

Nach Stadtrat Neusser (ÖVP) werde derzeit im Wettbewerb zwischen Schiene und Straße die Schiene exorbitant bevorzugt. Anscheinend wolle man einen Monopolbetrieb ÖBB schaffen, der die Preise diktieren kann.

Abstimmung: Die Erhöhung wurde mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.



### Beitritt zur Gesellschaft für Straßenwesen

Nach Meinungsdivergenzen trat die Stadt Wien 1975 als Mitglied der österreichischen Gesellschaft für Straßenwesen aus. Da diese Differenzen beseitigt werden konnten, stehe einem Wiederbeitritt der Stadt Wien nichts mehr entgegen, erklärte GR. Mayrhofer (SPÖ).

In Wien wird für den Ausbau der Straßen zu wenig getan, stellte GR. Hofmann (ÖVP) fest. An dieser Tatsache, die die Gesellschaft kritisiert hatte, hat sich bis heute nichts geändert. So kann man dem Finanz- und Investitionsplan entnehmen, daß die Mittel für den Ausbau der Hauptverkehrsstraßen bis zum Jahr 1981 auf Null zurückgehen.

Abstimmung: Der Beitritt wurde einstimmig angenommen. (sei)

### Flächenwidmung

GR. Brosch (SPÖ) referierte den Antrag auf Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes im Gebiet zwischen Jurekgasse, Lehnergasse, Mariahilfer Straße und Kauergasse im 15. Bezirk. Es handelt sich dabei um ein Wohngebiet mit Handelsbetrieben in den Untergeschossen der Wohnhäuser. Diesen Handelsbetrieben soll eine erdgeschossige Hofbebauung ermöglicht werden. Die neuen Dachflächen sollen begrünt werden.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) bezeichnete den vorliegenden Antrag als echten Rückschritt. In den dichtverbauten Gebieten sollten die Lebensbedingungen schrittweise verbessert werden. Sinnvollerweise sei deshalb vor einigen Jahren die gärtnerische Ausgestaltung der Hofflächen gewidmet worden. Nun werde eine 50prozentige Verbauung der Hofflächen ermöglicht, die Begrünung der Dachflächen sei dafür kein Ausgleich. Der Antrag widerspreche den Zielsetzungen einer humanen Stadtplanung.

In seinem Schlußwort betonte GR. Brosch (SPÖ), daß - auch im Interesse der Arbeitsplatzsicherung und der Versorgung der Bevölkerung - ein sinnvolles Nebeneinander von Betrieben und Wohnbevölkerung ermöglicht werden soll.

Abstimmung: Angenommen mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP.

### E-Werke

GR. Schreiner (SPÖ) referierte den Antrag auf Abschluß eines Verwaltungsübereinkommens zwischen der Stadt Wien und den Wiener



Stadtwerken-E-Werke zwecks Übertragung der Liegenschaft Spitalgasse 7 im 9. Bezirk in das Sondervermögen der Wiener Stadtwerke. Die Raumnot der Wiener E-Werke könne dadurch beseitigt werden.

GR. Dkfm. Ammann (ÖVP) bedauerte, daß in der heutigen Sitzung des Gemeinderates kein Bericht über die Äußerungen von Bürgermeister Gratz zur Frage des Atomstroms vorgelegt wurde. Es gebe ein koordiniertes Kraftwerks-Ausbauprogramm der Verbundgesellschaft und der Landesgesellschaften, dem auch Gratz zugestimmt habe. 1974 wurde der Beschluß des Gemeinderates über die Beteiligung an der Errichtung und am Betrieb des zweiten Kernkraftwerkes gefaßt. Ende 1976 hätte dem Wiener Gemeinderat ein verbindliches Energiekonzept vorgelegt werden müssen, stattdessen gebe es widersprechende Stellungnahmen von Politikern der SPÖ zur Frage der Atomkraftwerke. Die Frage der Energieversorgung müßte im Gemeinderat diskutiert werden.

Sein Vorredner habe eine emotionsgeladene Schilderung eines demokratischen Meinungsbildungsprozesses gegeben, seine Stellung zur Frage der Kernkraft allerdings nicht dargelegt, stellte GR. Schreiner (SPÖ) in seinem Schlußwort fest.

Abstimmung: Einstimmig angenommen. (ger)

#### Subventionsliste

Als nächster Berichterstatter beantragte Stadtrat Mayr (SPÖ), der fünften Subventionsliste 1977 zuzustimmen, die Subventionen in der Gesamthöhe von 10,165.000 Schilling aufweist, darunter 6 Millionen Schilling für den Fonds "Kuratorium Wiener Pensionistenheime" und 2,75 Millionen Schilling für das Institut für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) beantragte die getrennte Abstimmung bezüglich der Posten 4 (70.000 Schilling für die Österreichische Widerstandsbewegung) und 8 (2,75 Millionen Schilling für das Institut für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung). Die Österreichische Widerstandsbewegung beschuldigte Dr. Hirnschall, massiv in die Tagespolitik einzugreifen und sich primär gegen die FPÖ zu wenden. Hinsichtlich der Subvention für das Institut für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung beantragte der Debattenredner eine ausgewogenere Verteilung der für Forschungsmittel vorgesehenen Beträge.



Anschließend kam Dr. Hirnschall auf die im März 1977 dem sogenannten Freyler-Verein gewährte Subvention von 3,4 Millionen Schilling zur Abgeltung aufgelaufener Schulden zu sprechen. Die formelle Antwort auf die damalige Anfrage seiner Fraktion umfasse 2,5 Seiten, enthalte aber keinerlei Angaben über Detailpositionen. Er versprach, die Sache nicht auf sich beruhen zu lassen, sondern so lange Anfragen zu stellen, bis alle Details restlos geklärt wären.

In seinem Schlußwort wies Stadtrat Mayr (SPÖ) darauf hin, daß die FPÖ stets Subventionen für die Österreichische Widerstandsbewegung abgelehnt habe. Zur Subvention für den Freyler-Verein sei zu sagen, daß der genannte Betrag auf Weisung des Bürgermeisters bisher nicht ausbezahlt worden sei. Die Auszahlung werde erst dann erfolgen, wenn alle erforderlichen Belege zur Verfügung stehen.

Die Abstimmung erfolgte geteilt: Die Posten 4 und 8 der fünften Subventionsliste wurden mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen, bei allen anderen Posten erfolgte die Annahme einstimmig. (we)

#### Sommerbad Atzgersdorf

Die Baubewilligung eines neuen Sommerbades in Atzgersdorf mit einem Kostenerfordernis von 56,500.000 Schilling beantragte GR. Haberl (SPÖ). Auf dem Areal des ehemaligen Höpflerbades, das vor mehr als 20 Jahren aus hygienischen Gründen gesperrt wurde, soll ein neues Freibad mit einem Sportbecken im Ausmaß von 33 1/3 Mal 16 Meter, zwei Badebecken mit 771 qm Gesamtfläche, einem Kinderbecken, 336 Kabinen, 1312 Kästchen, sowie Nebeneinrichtungen wie Buffet und Autostellplätzen errichtet werden.

Der Spatenstich für das neue Bad wird am 16. Juni erfolgen, drei Jahre später soll es in Betrieb genommen werden, informierte StR. Nittel (SPÖ) über das neue Bäderprogramm der Stadt Wien. In Hietzing, Simmering und auf der Hohen Warte werden drei neue Bezirks-hallenbäder nach einheitlichem Entwurf entstehen. Zwei von den drei neuen Bädern werden bereits nach 14 Monaten fertiggestellt sein. Weitere Hallenbäder sind in der zweiten Phase des Bäderprogramms in Floridsdorf, in Donaustadt und in Brigittenau geplant.

Über das Neubauprogramm hinaus sorgt die Stadt Wien für die Instandhaltung und Modernisierung der derzeit 65 in Betrieb befindlichen Bäder. Das zu Beginn des Jahres 1977 in Kraft getretene Bäderhygienegesetz habe die Anpassung etlicher Bäder an den neuen



modernen Standard erfordert. Dort, wo eine Renovierung oder Modernisierung nicht mehr rentabel sei, werde die Stadt Wien jedoch den Mut aufbringen, die Bäder zu schließen. 27 Kinderfreibäder haben Montag den Betrieb aufgenommen, vier seien auf Grund ihres schlechten Zustandes und ihrer geringen Frequenz nicht geöffnet worden.

Abstimmung: Der Antrag wurde einstimmig angenommen. (ba)

#### Scala-Gründe

Drei Anrainer der Scala-Gründe führten wegen der Verbauung Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof. Die Gegenschriften der Stadt Wien zu dieser Beschwerde, die vom Bürgermeister für den Gemeinderat unterfertigt worden sind, wurden vom Verfassungsgerichtshof am 25. März dieses Jahres nicht anerkannt, da nach Auffassung des Verfassungsgerichtshofes der Wiener Gemeinderat die Gegenschriften zu genehmigen hätte. Der Verfassungsgerichtshof setzte für die Genehmigung eine Frist von vier Wochen. Außerdem vertrat der Verfassungsgerichtshof die Meinung, daß auch die Bevollmächtigung des Vertreters der Stadt Wien für etwaige Verhandlungen durch einen Beschluß des Wiener Gemeinderates zu genehmigen wäre.

GR. Friederike Seidl (SPÖ) stellte den Antrag, folgende auf Grund des § 92 der Wiener Stadtverfassung getroffene Verfügung des Wiener Bürgermeisters nachträglich zu genehmigen: Die dem Verfassungsgerichtshof am 17. Jänner 1977 in den Beschwerdefällen VfGH Zl. B 491/76 und B 93/76, sowie am 1. Februar 1977 im Beschwerdefall VfGH Zl. B 492/76 vorgelegten, für den Gemeinderat der Stadt Wien vom Bürgermeister unterfertigten Gegenschriften werden genehmigt.

Für die Bevollmächtigung eines Vertreters der Stadt Wien bei etwaigen Verhandlungen beim Verfassungsgerichtshof ist kein Beschluß des Wiener Gemeinderates notwendig, erklärte Seidl.

Das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes schafft in dreifacher Hinsicht Klarheit, erklärte Dkfm. Bauer (FPÖ). Klarheit darüber, was von der aktiven, praktizierten Umwelt- und Grünweltpolitik der Stadt zu halten ist, Klarheit darüber, was die Sprüche über Mitbestimmung wirklich zählen und Klarheit darüber wer letztlich die entscheidende Instanz ist.



In der Theorie spricht man sich für die Erhaltung von grünen Kernen in den Gründerbauvierteln aus, in der Praxis beschließt man die Verbauung. Auf Plakaten tritt man für die Mitbestimmung der Bürger ein, in der Praxis verletzt man eklatant die Grundprinzipien des Verwaltungsaktes Bauverhandlung. So wurde ein Anrainer der Scala-Gründe zu den Verhandlungen nicht eingeladen und nicht gehört. Dies läßt den Schluß zu, daß die Wiener in dieser Stadtverwaltung einen "feuchten Staub können". Und letztlich wurde die Genehmigung des Gemeinderates zu den Gegenschriften nicht eingeholt, obwohl dies notwendig gewesen wäre.

Blamabel für die Stadtverwaltung nannte GR. Dkfm. Dr. Maria Schaumayer (ÖVP) den vorliegenden Akt. Die Nichtladung eines Anrainers ist unverständlich. Die SPÖ spricht gerne vom Bürgerservice, ignorierte aber in diesem Falle das Verlangen eines Bürgers. Die Stadtkarte, die für die Scala-Gründe die Widmung öffentliche Fläche ausweist, bezeichnet man nun als bloßen Arbeitsbehelf. Dieses Argument schafft für den Bürger eine totale Rechtsunsicherheit. Bisher konnte sich der Bürger an die Aussagen der Stadtkarte halten. Nach Schaumayer ist es rechtlich fragwürdig, ob nach Ablauf von vier Monaten eine Handlung des Bürgermeisters noch als Notkompetenz im Sinne des § 92 der Wiener Stadtverfassung gelten kann. Die ÖVP hätte vom Bürgermeister erwartet, daß er sich beim Verfassungsgerichtshof um eine Fristerstreckung bemüht hätte und daß er den Wiener Gemeinderat bereits am 25. April inhaltlich mit den Anrainerbeschwerden befaßt hätte. Der Bürgermeister meinte am 22. April, daß für die Bevollmächtigung eines Vertreters der Stadt Wien kein Gemeinderatsbeschluß notwendig ist. Eine Woche später stand aber ein dementsprechender Beschluß auf der Tagesordnung des Gemeinderatsausschusses für Inneres und Bürgerservice, und nur dem Eingreifen der ÖVP-Abgeordneten ist es zu verdanken, daß ein der Meinung des Bürgermeisters widersprechender Beschluß gefaßt wurde. Nach Meinung der ÖVP ist für die Bevollmächtigung kein Beschluß des Gemeinderates notwendig. (sei)

GR. Windhab (SPÖ) bedauerte die Demagogie im Zusammenhang mit den Scala-Gründen, die schon bei der Bauverhandlung ihren Anfang genommen habe. Die Demonstration von etwa 130 Menschen habe an die Vorgangsweise gewisser Splittergruppen erinnert. Als Grund-



lage für die Aussage der ÖVP, daß die Bebauung der Scala-Gründe dem Willen der Mehrheit der Wiedner Bevölkerung widerspreche, werde eine äußerst zweifelhafte Befragungsaktion angeführt. Diese Befragung sei von einer Firma durchgeführt worden, deren Chef heute wegen Hehlerei in Untersuchungshaft sitze. Die Scala-Gründe seien ein typisches Beispiel für eine Zwischennutzung. Die Baugrube des ehemaligen Theaters sei mit der Erde von der Ustrab-Baustelle zugeschüttet und provisorisch begrünt worden.

Die Haltung der ÖVP in der Grünflächenpolitik sei widersprüchlich. So sei ein Grundstück in der Schönbrunner Straße 293 unter der ÖVP-Regierung den Schulbrüdern verkauft worden, die dort eine Schule errichten wollten. Diese Schule sei jedoch niemals gebaut worden, vielmehr sei das Grundstück an den Verein der Freunde des Wohnungseigentums weiterverkauft worden. Dieser Verein kämpfe nunmehr um die Fällung zahlreicher Bäume.

Die Rechtsfrage, ob der Bürgermeister die Stellungnahme an den Verfassungsgerichtshof zu unterzeichnen gehabt habe oder nicht, sei keineswegs so klar, zumal die nunmehrige Forderung des Verfassungsgerichtshofes erstmalig erhoben werde.

Stadtrat Neusser (ÖVP) wandte sich gegen einen Vergleich der ÖVP mit einer Splittergruppe. Die ÖVP habe ursprünglich den Bürgermeister aufgefordert, eine Volksbefragung durchzuführen. Dieser habe jedoch abgelehnt. Die Beteiligung an der dann durchgeführten Befragungsaktion sei sehr hoch gewesen. Gegen die Firma, die sie durchgeführt hat, gebe es keine Vorwürfe.

Die Auffassung, daß das Plandokument der Stadtkarte nur eine Arbeitsunterlage darstelle, führe zu einer Rechtsunsicherheit. Der Bürgermeister, der die Gegenschrift an den Verfassungsgerichtshof unterschrieben habe, sei dafür verantwortlich. (ger)

GR. Hoffmann (ÖVP) nahm gegen die Formulierung von GR. Windhab (SPÖ) Stellung, daß der Verein der Freunde des Wohnungseigentums in Meidling einen Kampf gegen Bäume kämpfe. Es bestehe auch keine Notwendigkeit, daß Präsident Hahn auf den Verein einwirke, weil ein einstimmiger Beschluß der



Meidlinger Bezirksvertretung bestünde, die Bäume zu erhalten. Die Initiative zu diesem Beschluß sei von der ÖVP ausgegangen.

GR. Windhab (SPÖ) stellte nochmals klar, er habe mit "Splittergruppe" nicht die ÖVP gemeint, sondern die Demonstranten bei den Scala-Gründen, deren Verhalten nicht als Ruhmesblatt gewertet werden könne. Aus diesem Grund hätte die Tätigkeit der Kommission vom Platz weg ins Bezirksamt verlegt werden müssen.

Anschließend meldete sich Bürgermeister Gratz (SPÖ) zu Wort, um mitzuteilen, daß er sich zum Vorgang nach § 92 der Wiener Stadtverfassung nur deswegen entschlossen habe, um die Frist nicht zu versäumen. Er wandte sich mit Nachdruck gegen Darstellungen, das Rechtsmittelbüro habe versucht, den Gemeinderat zu entmachten. Die Vorgangsweise sei keiner plötzlichen Idee entsprungen, sondern habe der bisher akzeptierten Rechtsmeinung und Rechtspraxis entsprochen. (we).

GR. Schaumayer (ÖVP) stellte dazu fest, daß die ÖVP mit dem Bericht des Bürgermeister über den Inhalt des baubehördlichen Beschlusses konform gehe, daß sich ihr Einwand aber auf den Zeitablauf der von Bürgermeister Gratz in Anspruch genommenen Notkompetenz beziehe. Gratz habe die Gegenschrift der Stadt Wien zur Beschwerde der Anrainer unterschrieben und den Gemeinderat, der am gleichen Tag tagte, nicht informiert.

GR. Friederike Seidl (SPÖ) betonte, daß sich die Argumentation der ÖVP widerspreche. Einerseits sollte keine Diskussion mehr über den baubehördlichen Beschluß geführt werden, andererseits debattiere man ständig über die Anwendung des § 92 durch Bürgermeister Gratz. Im Gemeinderat könne der Inhalt der Beschwerde ohnehin nicht entschieden werden, hier werde der Verfassungsgerichtshof ein gerechtes Urteil fällen. Das einzige Plandokument der Stadtkarte beziehe sich nicht direkt auf die Scala-Gründe, sondern handle eine Flächenwidmung außerhalb des Gebietes, alle anderen Unterlagen seien tatsächlich Arbeitsbehelfe. Für die Scala-Gründe gelte die nach der Bauordnung festgelegte Widmung für gemischtes Baugebiet, Bauklasse IV.

Abstimmung: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (ba

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -



23. mai 1977

''rathaus-korrespondenz''

blatt 1283

k o m m u n a l :

=====

mittwoch kein stadtsenat und kein pressegesprach

8 wien, 23.5. (rk) da buergermeister leopold g r a t z und mehrere stadtraete mittwoch und donnerstag am oesterreichischen staedtetag in salzburg teilnehmen, entfallen diesen mittwoch die sitzungen der landesregierung und des stadtsenats und das anschliesende pressegesprach des buergermeisters. (sti)

1316



L o k a l :

=====

verkehrsmaßnahmen:

neue bauphase am karlsplatz

9 wien, 23.5. (rk) um die bauarbeiten im resselpark termingerech-  
recht zu beenden, wird ab dienstag, 24. mai, 20 uhr, der verkehr  
ueber die richtungsfahrbahn der bundesstrasse 1 vom schwarzenberg-  
platz zum getreidemarkt gefuehrt. in die stadtmitte kommt man ueber  
die umleitung frankenberggasse - wiedner hauptstrasse, die querung  
karlsgasse - dumbagasse faellt. die frankenberggasse wird bereits ab  
heute, 23. mai nach der abendverkehrsspitze in richtung stadtein-  
waerts umgedreht.

vor ihrer endgueltigen fertigstellung muss jede neue strasse  
zunaechst eingefahren werden, damit sich die unterlage festigt. die  
belagsarbeiten auf der bundesstrasse 1 ueber den karlsplatz koennen  
daher erst im august durchgefuehrt werden. die autofahrer werden um  
verstaendnis gebeten, dass die verkehrsfuehrung, die nun ab 24. mai  
in kraft tritt, ebenfalls nur ein provisorium ist und im august  
nochmals mit umleitungen bis zur endgueltigen fertigstellung ge-  
rechnet werden muss. (ba)

1320